

Seriensieg des Front National

Der Front National ging im ersten Durchgang der landesweiten Regionalwahlen mit fast 30 Prozent in Führung und gelangte in sechs von 13 Regionen auf Platz eins.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Der Front National konnte am Sonntag im ersten Durchgang der landesweiten französischen Regionalwahlen drei Wochen nach den Terroranschlägen von Paris den erwarteten Durchbruch feiern. Der FN ging im Landesschnitt mit fast 30 Prozent in Führung. In sechs von insgesamt 13 (nach einer Verwaltungsreform neugebildeten) Großregionen gelangte die Nationalistenpartei auf Platz eins laut ersten Hochrechnungen mit einem Abstand von fünf bis fünfzehn Prozent gegenüber den meistens zweitgereihten bürgerlichen Republikanern.

In mindestens zwei dieser Regionen ist die Erlangung der Mandatsmehrheit, die für die Bildung einer Regionalregierung erforderlich ist, im abschließenden zweiten Wahlgang, nächsten Sonntag, für den FN in den Bereich des Möglichen gerückt.

In der Region Norden, einer vormaligen Bastion der Sozialisten, wo die FN-Vorsitzende Marine Le Pen kandidierte, gelangten die Nationalisten auf über 40 Prozent. Die Republikaner mussten sich mit 25 Prozent begnügen, die SP kam nur mehr auf 18 Prozent. Rund zehn Prozent entfielen auf linke Kleinparteien.

In der südöstlichen Provence/Alpes/Cote d'Azur, wo die Nichte von Marine Le Pen, Marion Marechal-Le Pen kandidierte, kam der FN auf über 41 Prozent. Die Republikaner hielten bei 26 und die SP bei 16 Prozent. Weitere elf Prozent entfielen auf linke Kleinparteien.

Weiters in Führung ging der FN in der nord-ostfranzösischen Region Champagne/Ardennen/Lothringen/Elsass mit 35 Prozent, in der Bourgogne/Franche-Comté mit 32 Prozent, in der Südregion Midi/Pyrenees/Languedoc-Rousillon mit 31 Prozent und in der mittelfranzösischen Region Centre/Val de Loire mit 30,5 Prozent.

Im Landesschnitt lag der FN allerdings bei fast 30 Prozent und die Republikaner bei 26 Prozent. Die Sozialisten, die vor der Regionalreform in 21 von 22 (kleineren) Regionen über die Mehrheit verfügten, können diesmal nur mehr auf höchstens drei Regionalregierungen hoffen. Die SP kam im Landesschnitt auf rund 23, weitere linke Kleinparteien auf 11 und eine konservative Anti-EU-Partei auf vier Prozent. Die Wahlenthaltung betrug 49,5 Prozent.

Noch am Wahlabend entbrannte die übliche Debatte über die Haltung der übrigen Parteien im zweiten Wahlgang angesichts des Vormarschs des FN. Im zweiten Wahlgang genügt eine relative Stimmenmehrheit für die Erlangung der absoluten Mandatsmehrheit: die stärkste Partei erhält automatisch einen zusätzlichen Bonus von 25 Prozent. Listen, die im ersten Wahlgang, die fünf-Prozent Hürde überschritten haben, können aber vor dem zweiten Durchgang fusionieren.

Der Spitzenkandidat der geschlagenen SP im Norden rief gleich nach Vorliegen der Wahlergebnisse zu einem Bündnis zwischen SP und Bürgerlichen für den zweiten Durchgang

auf: „Alles muss unternommen werden, um die Werte der Republik zu verteidigen und unsere Region vor Hass und Ausgrenzung der Anderen zu bewahren. Niemand kann heute Abend noch glauben, er könne allein gegen den Extremismus gewinnen“. Doch der Spitzenkandidat der „Republikaner“ schlug diesen Vorschlag all sofort aus und erklärte, seine Partei wäre die „einzige Alternative zum Rechtsextremismus“.

Schon zuvor hatte der Chef der Republikaner, Nicolas Sarkozy, derartige Not-Fusionen ausgeschlossen: „Man kann nicht vor dem ersten Wahlgang sagen, dass man mit der Regierungspolitik der Linken überhaupt nicht einverstanden ist, und dann für den zweiten Wahlgang mit der Linken eine Heirat feiern“, rief Sarkozy, der in der Wahlkampagne auch an der Anti-Terror-Politik des sozialistischen Staatschef Francois Hollande kein gutes Haar gelassen hatte.

Aber auch bei Teilen der SP stoßen diese Vorschläge auf Unbehagen: Mit den Bürgerlichen fusionieren könnte gewissermaßen die Behauptung von Marine Le Pen bestätigen, wonach sich Sozialisten und „Republikaner“ nicht wirklich unterscheiden und ein gemeinsames „Machtssystem“ repräsentieren würden.

Ebenso heikel erscheint die Variante eines schlichten Verzichts auf eine Kandidatur für die jeweils drittgerierte Partei (wenn die Listenfusion eben ausgeschlossen bleibt). In dem Fall würde diese Partei, ob nun SP oder „Republikaner“, mit überhaupt keinen Abgeordneten im betreffenden Regionalparlament während seiner sechs jährigen Sitzungsperiode vertreten sein, und damit zumindest aus der Regionalpolitik völlig verschwinden. Genau dieser Aspekt rückt jetzt auch zunehmend ins Zentrum des gesamten politischen Kräftespiel in Frankreich: wenn der FN gleich stark oder sogar stärker als die jeweiligen Blöcke der Linken (unter SP-Führung) und der Mitterechts-Parteien (unter Leitung der „Republikaner“) wird, droht dann nicht einer dieser beiden bisherigen traditionellen Regierungskräfte in die Bedeutungslosigkeit zu versinken?